

Mitglied Gruppe CDU/WBV

Ausschussmitglied Martin Harms
Ausschussmitglied Uwe Heinemann
Ausschussmitglied Astrid Zaage

Mitglied SPD-Fraktion

Ausschussmitglied Christina Heide
Ausschussmitglied Sebastian Seidel
Ausschussmitglied Kristian Stoermer

Mitglied Gruppe GrünUnabhängigSozial

Ausschussvorsitzende Antje Johanna Kloster
Stellv. Ausschussvorsitzende Petra Stomberg

Mitglied FDP-Fraktion

Dr. Michael von Teichman

Mitglied AfD-Fraktion

Grundmandat Prof. Dr.-Ing. Lothar Preuß

Landvolkverein

beratendes Mitglied Hartmut Brören

Entschuldigt

Ausschussmitglied Dr. Günther Schulte
beratendes Mitglied Klaus Börgmann

Von der Verwaltung

Oliver Leinert	Stadtbaurat und Dezernent III
Marion W.-Fiedelak	Referatsleiterin der Referate 2 und 5
Niksa Marušić	Fachbereichsleitung Umweltschutz und Bauordnung (63)
Michael Weiser	stellv. Fachbereichsleitung Feuerwehr (37)
Minou Kiani	Fachbereich Feuerwehr (37)
André Lachmund	Fachbereich Umweltschutz und Bauordnung (63)

Protokollführerin

Timm Harms	Fachbereich Umweltschutz und Bauordnung (63)
------------	--

A Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit
- 2 Genehmigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschriften über die Sitzungen vom 06.12.2017, 07.03.2018 und 11.04.2018 (öffentlicher Teil)
- 4 Vorlagen an den Rat
 - 4.1 1. Änderungsverordnung der „Besonderen Hafenordnung für den Stadthafen **69/2018** Wilhelmshaven“
 - 4.2 Energiepolitisches Arbeitsprogramm 2019/2020 **75/2018**
Umsetzung des Integrierten Energie- und Klimaschutzkonzeptes
- 5 Mitteilungen und Anfragen
 - 5.1 Lärmaktionsplanung
 - 5.2 Wildschweine im Stadtgebiet
 - 5.3 Produktberichte I/2018 Teilhaushalt 37/63
 - 5.4 Sachstand Banter See
- 6 Öffentliche Anhörung

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Frau Kloster eröffnete die Sitzung und begrüßte alle Anwesenden.
Ferner stellte sie die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

- 2 Genehmigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wurde einstimmig genehmigt.

- 3 Genehmigung der Niederschriften über die Sitzungen vom 06.12.2017, 07.03.2018 und 11.04.2018 (öffentlicher Teil)

Die Niederschriften der öffentlichen Sitzungen vom 06.12.2017, 07.03.2018 und 11.04.2018 wurden einstimmig genehmigt.

- 4 Vorlagen an den Rat

- 4.1 1. Änderungsverordnung der „Besonderen Hafenordnung für den Stadthafen **69/2018** Wilhelmshaven“

Frau Kloster las die Beschlussvorlage 43/2018 vor und bat Frau Winkel-Fiedelak um Vorstellung. **Frau Winkel-Fiedelak** stellte daraufhin die 1. Änderungsverordnung der besonderen Hafenordnung für den Stadthafen Wilhelmshaven vor (siehe Anlage). Sie erläuterte, dass die Änderungen auf die Erfahrungen vom hiesigen Hafenkapitän, Bernd Telschow, aus den vergangenen 5 Jahren beruhen. Weiterhin verteilte sie eine Tischvorlage, wo kurzfristig zwei Änderungen der Beschlussvorlage vorgenommen wurden. Einerseits wurde das Datum der Erlassung der 1. Änderungsverordnung auf den 20.06.2018 geändert, andererseits müsse das Datum der Veröffentlichung geändert werden, da die neue Verordnung zunächst öffentlich bekannt gemacht werden müsse. Geplant sei hier die 26. Kalenderwoche.

Herr Heinemann gab an, dass der Grünstreifen zwischen dem alten Ozeanisgebäude und dem Küstenmuseum verstärkt als Start- und Landeplatz für Drohnen genutzt werden würde. Hierzu erläuterte **Frau Winkel-Fiedelak**, dass die Verhängung von Bußgeldern für den Hafenbereich in Zukunft möglich sei. **Herr Seidel** fragte, über welche Gebiete sich der Hafenbereich erstreckt. Laut **Herrn Marušić** erstreckt sich der Bereich auf die nähere Umgebung der Uferbereiche sowie die Kaianlagen (siehe Anlage). Auf die Frage von **Frau Zaage**, wo die Bußgelder geregelt seien, gab **Frau Winkel-Fiedelak** an, dass diese im Bußgeldkatalog geregelt seien.

Herr Dr. von Teichman gab an, dass der § 16 der Änderungsverordnung obsolet sei. Die FDP würde bei der Ratssitzung einen Änderungsantrag zur Vereinfachung einreichen. Hierzu erläuterte **Frau Winkel-Fiedelak**, dass nach neuem Recht, die Ordnungswidrigkeiten explizit erklärt werden müssten.

Im Anschluss daran ließ **Frau Kloster** über die Beschlussvorlage abstimmen.

Das Ergebnis war eine einstimmige Zustimmung.

Beschluss:

-einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt die 1. Änderungsverordnung der

„Besonderen Hafenordnung für den Stadthafen Wilhelmshaven“ laut Anlage.

4.2 Energiepolitisches Arbeitsprogramm 2019/2020

75/2018

Umsetzung des Integrierten Energie- und Klimaschutzkonzeptes

Herr Lachmund stellte die Beschlussvorlage 75/2018 vor (siehe Anlage).

Herr Dr. von Teichman fragte, warum unter der Maßnahme „Ü2“ weiterhin Gelder zur Verfügung gestellt werden sollen. Die Bürger der Stadt seien bereits beteiligt gewesen.

Hierzu erklärte **Herr Lachmund**, dass klare und quantitative Ziele formuliert werden sollen, um die Stadtentwicklung voran zu treiben. **Herr Leinert** ergänzte, dass im Klimaschutzkonzept bestimmte Punkte noch nicht beschlossen wurden. Diese Projekte sollen öffentlich diskutiert und beschlossen werden, um eine große Transparenz zu schaffen.

Weiterhin fragte **Herr Dr. von Teichman**, warum unter Punkt „I3“ nur Grundschüler einbezogen werden und was unter dem Begriff „Module“ zu verstehen sei. Laut **Herrn Lachmund** würde das Regionale Umweltzentrum (RUZ) aus Schortens explizit für Grundschüler zu bestimmten Themenbereichen sogenannte Module für den Bereich Umweltschutz anbieten. Allerdings würden laut **Herrn Lachmund** die weiterführenden Schulen nicht vernachlässigt werden. Er sei bereits zu einem Vortrag in einer weiterführenden Schule gewesen. Weitere seien geplant, so **Herr Lachmund** weiter.

Als nächstes fragte **Herr Dr. von Teichman**, warum unter Punkt „I9“ ein externes Büro beauftragt werden solle. Laut **Herrn Marušić** sei dieses eine Vorgabe vom Bund im Rahmen der Klimaschutzinitiative. Der Bund stelle auch das Geld für die Kampagne. Hierzu fragte **Herr M. Harms**, ob auch andere Betriebe in die Kampagne einbezogen werden würden. Dieses sei laut **Herrn Lachmund** der Fall, auf verschiedenste Weise würde Netzwerkarbeit betrieben, als Beispiel nannte er die Jade Hochschule.

Ferner fragte **Herr Dr. von Teichman** zu Punkt „M1-5“, ob nicht schon alle verkehrstechnisch überprüften Einbahnstraßen für eine Nutzung mit Fahrrädern in gegenläufige Richtung freigegeben seien.

Dieses sei laut **Herrn Lachmund** noch nicht der Fall. Vereinzelt sei es noch möglich Einbahnstraßen frei zu geben.

Letztlich fragte **Herr Dr. von Teichman**, warum unter Punkt „M1-2“ zwei Hauptrouten als Radschnellwege in der Stadt geplant seien. Hierzu erläuterte **Herr Lachmund**, dass es sich hier um einen innerstädtischen Plan handeln würde, um die Radwege besonders ansprechend und komfortabel auszubauen. **Herr Leinert** fügte ergänzend hinzu, dass die Nord-Süd-Achse und Ost-West-Achse in Arbeit seien.

Abschließend ließ **Frau Kloster** über die Beschlussvorlage abstimmen.
Das Ergebnis war eine einstimmige Zustimmung.

Beschluss:

-einstimmig zugestimmt-

Das Energiepolitische Arbeitsprogramm (EPAP) 2019/2020 wird auf der Grundlage des Integrierten Energie- und Klimaschutzkonzeptes für die Stadt Wilhelmshaven beschlossen.

5 Mitteilungen und Anfragen

5.1 Lärmaktionsplanung

Herr Marušić stellte die Lärmaktionsplanung anhand einer Präsentation vor (siehe Anlage).

Herr Heinemann fragte, wie lange auf Baustellen im Stadtgebiet maximal gearbeitet werden darf. Hierzu erläuterte **Herr Marušić**, dass es Richtlinien für den Baustellenlärm geben würde. Beschwerden lägen allerdings zurzeit nicht vor. Sollten allerdings Beschwerden diesbezüglich eingehen, würde sich die Behörde sofort der Sache annehmen, **Marušić** weiter. Zudem fragte **Herr Heinemann**, ob von den Schuttbergen an der Wiesbadenbrücke eine Gesundheitsbelastung ausgehen würde. Hierzu führte **Herr Marušić** aus, dass vor Beginn der Bauarbeiten eine Schadstoffbetrachtung durchgeführt wurde. Zudem sei der Bauunternehmer gehalten, während der Bauphase die Staubbelastung so gering wie möglich zu halten. Sollte dennoch ein Grund zur Beschwerde bestehen, ständen die Mitarbeiter des Amtes für Umweltschutz und Bauordnung, Abteilung Immissionsschutz, gerne zur Verfügung.

Herr Dr. von Teichman fragte, ob auch die Belastung der Dörfer sowie beispielsweise die L810 in die Lärmaktionsplanung eingeflossen seien. Laut **Herrn Marušić** waren ursprünglich auch die städtischen Straßen, die die Kriterien der Landes- und Bundesstraßen mit mindestens 7.400 Autos pro Tag erfüllen, vorgesehen. Eine Prüfung sei bis jetzt noch nicht möglich gewesen, da zurzeit keine Gutachter zur Verfügung stehen würden.

Wenn außerdem eine Überprüfung der Stadtstraßen gewünscht sei, müsse die Stadt die Kosten tragen, so **Herr Marušić** weiter.

Herr Stoermer fragte, ob im Bereich der Autobahn eine Überschreitung der Lärmpegel vorliegen würde. Dieses verneinte **Herr Marušić**.

5.2 Wildschweine im Stadtgebiet

Herr Marušić führte hierzu aus, dass der Bestand der Wildschweine den öffentlichen Raum sowie das Europäische Vogelschutzgebiet im Voslapper Groden immens gefährden würde. Es sei schon jetzt eine starke Zerstörung, die auf die Wildschweine zurückzuführen sei, entstanden. Weiterhin, so **Herr Marušić**, sei es außerordentlich gefährlich, wenn die Tiere, gerade in der Setzzeit, auf Menschen treffen würden. Zurzeit gehe die Verwaltung von einem Bestand von etwa 40 Tieren aus. Bei der bekannten Vermehrungsrate von bis zu

300 % sei schon im nächsten Jahr ein Bestand von mehr als 100 Tieren wahrscheinlich. Ergänzend dazu erläuterte **Frau Winkel-Fiedelak**, dass die Stadt Wilhelmshaven, als Untere Jagdbehörde, von der Oberen Jagdbehörde des Landes, die beim Niedersächsischen Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz angesiedelt ist, die Zustimmung dafür bekommen hätte, nach eigenem Ermessen zu handeln. **Herr Marušić** unterstrich, dass dieses schnellstmöglich geschehen müsse, da das Vogelschutzgebiet ansonsten existentiell gefährdet sein würde.

Herr Leinert fügte hinzu, dass notfalls nach der gesetzlich vorgeschriebenen Abwägung gemäß § 27 Jagdgesetz eine Anordnung zur Verringerung des Wildschweinbestandes von der Unteren Jagdbehörde erteilt werden würde.

An einer anschließenden Diskussion beteiligten sich **Herr Brören, Herr Seidel, Herr Leinert, Herr Dr. von Teichman, Herr Stoermer, Herr M. Harms, Herr Prof. Dr. Preuß und Herr Marušić**.

5.3 Produktberichte I/2018 Teilhaushalt 37

Herr Leinert führte aus, dass alle Ziele eingehalten werden würden. Negative Auswirkungen seien nicht ersichtlich.

5.4 Sachstand Banter See

Herr Leinert erläuterte die zukünftigen Planungen am Banter See. Demnach sei das Tourismuskonzept beauftragt und nach der Sommerpause seien die ersten öffentlichen Veranstaltungen geplant. Die politischen Beratungen würden dann im September stattfinden. Anschließend, so **Herr Leinert** weiter, würde das Nutzungskonzept angepasst werden und vermutlich zum Ende des Jahres der Politik vorgestellt. Ferner wurde die technische Machbarkeitsstudie beauftragt.

Mitteilungen und Anfragen

Herr Leinert berichtet über den Sachstand der baulichen Maßnahmen im Feuerwehrhaus Fedderwarden sowie über den geplanten Neubau.

Laut **Herrn Leinert** gab es Probleme mit einem selbstständigen Herabstürzen der Tore, dieses sei behoben worden und somit sei die Funktionsfähigkeit wieder gegeben. Das Problem der Durchfahrtshöhe könne nicht behoben werden, gerade im Hinblick auf den Neubau.

Die Mängel am Fußboden seien auch behoben worden. Zudem hätte die zuständige Firma die Ersatzteile für die Abgasabsauganlage bestellt, die Reparatur könne nun zeitnah erfolgen. Der Bau eines sog. „schwarz-weiß-Bereiches“ sei in Prüfung durch GGS. Auch der Internetanschluss sei in Planung, der Fachbereich Feuerwehr hätte das veranlasst.

Zum Neubau des Feuerwehrhauses Fedderwarden erläuterte **Herr Leinert**, dass durch die GGS das B-Plan Verfahren beantragt worden sei. Er stellte ein beschleunigtes Verfahren in Aussicht.

Die Hochbauplanung könne bis zur Sommerpause 2019 fertiggestellt werden. Auch der Bauantrag könnte laut **Herrn Leinert** bis zur Sommerpause 2019 erstellt werden, damit danach mit den Arbeiten begonnen werden kann.

Letztlich informierte **Herr Leinert** darüber, dass mit den Führungskräften der städtischen Feuerwehr über das Fahrzeugkonzept gesprochen worden sei. Es seien nur noch einige Details zu klären und dann könnte das Konzept in den Gremien vorgestellt werden.

Herr Dr. von Teichman fragte, ob es geplant sei eine Drohne für die Feuerwehr anzuschaffen. Laut **Herrn Weiser** sei das nicht geplant, im Bedarfsfall könne die Feuerwehr auf eine Drohne der Werkfeuerwehr der Firma HES zurückgreifen.

6 Öffentliche Anhörung

Herr Jochen Martin fragte, ob es der Verwaltung bekannt sei, dass im östlichen Teil des Banter Sees, wo Sandmagerrasen wachsen soll, eine große Menge Baumschösslinge wachsen.

Herr Marušić versprach hierzu eine Klärung bis zur nächsten Sitzung. Weiterhin fragte **Herr Martin**, ob die Wiederbepflanzung am Banter See abgeschlossen sei. Dieses sei laut **Herr Marušić** der Fall, eine Vorstellung habe im Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft und Brandschutz stattgefunden.

Herr Martin Burkhardt fragte, ob es eine Garantie gäbe, dass alle Wildschweine aus dem Voslapper Groden entnommen werden könnten. Weiterhin wollte er wissen, wie ein Nachzug von Schwarzwild verhindert werden könnte. Hierzu gab **Frau Winkel-Fiedelak** an, dass in der nächsten Sitzung darüber berichtet werden würde.

Letztlich fragte **Herr Burkhardt**, ob es ein Programm geben würde, um die unbesetzten Stellen im Bereich der Berufsfeuerwehr zu besetzen. Hierzu sagte **Herr Weiser**, dass es sich um ein bundesweites Problem handeln würde. Es fehle grundsätzlich der Nachwuchs für die Berufsfeuerwehren. **Herr Leinert** ergänzte, dass die Feuerwehrbeamten nur noch für den Aufgabenbereich der Feuerwehr eingesetzt werden sollen, im Bereich des Rettungsdienstes sei geplant, in Zukunft auf Angestellte zu setzen. Weiterhin könne sich **Herr Leinert** vorstellen, gewisse Stellen im Bereich der der Leitstelle mit Angestellten zu besetzen. Es sei aber nicht geplant, alle Feuerwehrbeamten aus der Leitstelle abzuziehen. **Frau Kiani** wies zudem darauf hin, dass auch im Bereich der Verwaltung Stellen unbesetzt seien.

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung 16:28 Uhr

Leinert
Stadtbaurat

Kloster
Vorsitzende

T. Harms
Protokollführer